

I) Verwaltung und Integration

1) Herausforderungen bei der Ausländerbehörde und anderen Ämtern

a) Dringende Herausforderungen im Amt für Migration und Integration (MI) – und Maßnahmen

Die Linke sieht im Amt für Migration und Integration vor allem diese Herausforderungen: Überlastung, unzureichende Terminverfügbarkeit, schwierige Erreichbarkeit, intransparente Verfahren, zu wenig mehrsprachige und barrierearme Zugänge sowie das Risiko diskriminierender Routinen.

Hinzu kommt ein Problem, das über Personal- und Terminfragen hinausgeht: Aus Sicht der Linken wird in der Praxis zu häufig **restriktiv** entschieden, obwohl **Ermessensspielräume** rechtlich bestehen und genutzt werden könnten – etwa bei der Erteilung oder Verlängerung von Aufenthaltserlaubnissen. Gleichzeitig werden **Ausweisungen** teils sehr rigoros betrieben, auch wenn soziale Bindungen, Integrationsleistungen, Ausbildungs- und Beschäftigungsperspektiven oder besondere Härten für eine Lösung im Sinne des Verbleibs sprechen würden. In Nürnberg sind mehrfach Fälle bekannt geworden, in denen erst über externe Verfahren wie Härtefallprüfungen Lösungen möglich wurden – das zeigt den Bedarf an einer weniger rigiden, stärker integrationsorientierten Ermessenspraxis.

Geplante Maßnahmen:

- gezielter Personalaufbau in besonders belasteten Bereichen (Front-Office und Sachbearbeitung)
- klare, mehrsprachige Informationen zu Verfahren, Unterlagen und Zuständigkeiten (auch in Leichter Sprache)
- verbindliche Standards für Erreichbarkeit, Rückmeldungen und Bearbeitungszeiten
- systematisches Beschwerdemanagement und unabhängige Anlaufstellen bei Diskriminierungserfahrungen
- interkulturelle Öffnung der Verwaltung durch Fortbildungen, Leitlinien und eine stärkere Repräsentanz von Menschen mit Migrationsgeschichte im öffentlichen Dienst
- ermessenslenkende Leitlinien und Qualitätsstandards, die Integration, Kindeswohl, familiäre Bindungen sowie Ausbildungs- und Beschäftigungsperspektiven stärker gewichten
- Qualitätsmanagement bei Entscheidungen mit existenziellen Folgen (z.B. Zweitprüfung oder kollegiale Fallberatung vor aufenthaltsbeendenden Maßnahmen)
- frühzeitige Identifikation von Härtefällen und verbindliche Schnittstellen zu Beratung und Unterstützung, damit humanitäre Lösungen nicht erst am Ende des Verfahrens greifen

b) Ursachen für Defizite in der Verwaltung – und Reformen

Die Linke sieht eine Mischung aus Ressourcenmangel, strukturellen Defiziten und organisatorischen Mängeln: zu wenig Personal, zu komplexe Prozesse, Medienbrüche, unklare Zuständigkeiten und zu geringe Transparenz nach außen. Im Bereich Migration/Integration kommen zudem teils eine zu starke Restriktion in der Rechtsanwendung und eine unzureichende, einheitliche Nutzung von Ermessensspielräumen hinzu.

Konkrete Reformen:

- verbindliche Service-Standards (z.B. Terminfenster, Rückrufregeln, Bearbeitungsziele)

- Prozessvereinfachung und klare „One-Stop“-Informationsketten, damit Anträge beim ersten Mal vollständig eingereicht werden können
- stärkere Koordination zwischen Ämtern, damit Zuständigkeiten nicht auf Bürger:innen abgewälzt werden
- konsequenter Ausbau von Barrierefreiheit und Mehrsprachigkeit in allen relevanten Dienststellen
- klare Leitlinien zur Ermessensausübung mit regelmäßiger Evaluation, um integrationsfördernde Entscheidungen systematisch zu ermöglichen

2) Effizienz und Bürgernähe

a) Messbare Verbesserungen

Die Linke will, dass Verbesserungen für Bürger:innen sichtbar und überprüfbar werden. Dazu sollen regelmäßig Kennzahlen veröffentlicht werden, u.a.:

- Zeit bis zum Termin, Notfalltermine
- durchschnittliche Bearbeitungsdauer je Leistung
- Erreichbarkeit (Telefon/Online/Vor-Ort)
- Zeit bis zur Lösung von Beschwerden
- mehrsprachiges Feedback zur Zufriedenheit

b) Digitalisierung – effizient und trotzdem barrierefrei

Digitalisierung soll entlasten, aber niemanden ausschließen. Die Linke setzt deshalb auf das Prinzip: „digital, wo es hilft – analog immer möglich“.

Konkret:

- Mehrkanal-Zugänge: Online-Angebote ergänzen, nicht ersetzen (Telefon, Vor-Ort, Papier möglich)
- barrierefreie Gestaltung: Leichte Sprache, Mehrsprachigkeit, assistive Zugänge
- Unterstützungsangebote: Hilfe beim Ausfüllen, niedrigschwellige Schulungen und Begleitung
- datenschutzkonforme, transparente Lösungen – bevorzugt mit offenen Standards statt Abhängigkeit von großen Konzernen
- KI-Einsatz nur kontrolliert und mit klaren Regeln, um Diskriminierungsrisiken zu vermeiden

3) Sichtbarkeit von Integrationsthemen

a) Ansprechperson nach außen

Die Linke hält eine sichtbare, klar benannte Zuständigkeit nach außen für sinnvoll, weil Integration als Querschnittsaufgabe sonst schwer nachvollziehbar bleibt.

b) Rolle eines/einer Beauftragten

Eine solche Rolle sollte:

- als Mittler:in zwischen Verwaltung, Integrationsrat, Zivilgesellschaft und Betroffenen wirken
- Zuständigkeiten transparent machen und Verfahren verständlich erklären

- die Umsetzung integrativer Maßnahmen koordinieren und öffentlich berichten
- dabei ausdrücklich die Arbeit und Rechte des Integrationsrates stärken, nicht ersetzen

II) Bildung und Chancengleichheit

4) Frühe Sprachförderung

Die Linke setzt auf frühe, bedarfsgerechte Sprachförderung, die nicht vom Engagement einzelner Einrichtungen abhängt, sondern verlässlich organisiert ist:

- Ausbau der frühkindlichen Bildung und Betreuung, damit Kinder früh Zugang zu Förderung bekommen
- multiprofessionelle Teams (pädagogisch, sozial, inklusiv), damit Sprachförderung und Unterstützung nicht „nebenbei“ laufen
- enge Kooperation von Kitas, Horten, Grundschulen und Beratungsstellen
- Elternarbeit mehrsprachig und niedrigschwellig, um Vertrauen und Mitwirkung zu stärken

5) Antidiskriminierung im Bildungswesen

Diskriminierung soll nicht nur „thematisiert“, sondern strukturell bekämpft werden:

- Ausbau von Schulsozialarbeit und psychosozialer Unterstützung
- klare Schutz- und Beschwerdewege in Einrichtungen
- Fortbildungen und Leitlinien gegen Diskriminierung
- Förderung einer Schulkultur, die Vielfalt als Normalität anerkennt
- niedrigschwelliger Zugang zu Schulbegleitung und Unterstützung, damit Kinder nicht früh abgehängt werden

III) Wohnen

6) Bezahlbarer Wohnraum für alle

Die Linke betrachtet Wohnen als Grundrecht. Ziel ist, dass bezahlbarer Wohnraum nach sozialen Kriterien zugänglich bleibt – unabhängig von Herkunft oder Aufenthaltsstatus.

Strategien:

- kommunale Wohnungsbestände stärken und konsequent an niedrigen und mittleren Einkommen ausrichten
- soziale und transparente Vergabekriterien, die Diskriminierung entgegenwirken
- Instrumente gegen Mietwucher, Leerstand und Zweckentfremdung konsequent anwenden
- Schutz vor Verdrängung und spekulativen Umwandlungen

7) Soziale Durchmischung

Die Linke will Durchmischung durch Stabilität, nicht durch Verdrängung:

- Erhaltungssatzungen ausweiten und Verdrängung aktiv begrenzen
- kommunales Vorkaufsrecht konsequent nutzen und Bodenpolitik gemeinwohlorientiert ausrichten
- soziale Infrastruktur in allen Stadtteilen ausbauen (Kita, Schule, Beratung, Kultur, Gesundheit)
- dezentrale Unterbringung und gute Anbindung, damit Teilhabe in allen Quartieren möglich wird

IV) Arbeitsmarkt und Integration

8) Beschleunigung der Arbeitsmarktintegration

Die Linke setzt auf Unterstützung, Qualifizierung und Rechte – statt Druck:

- bessere Beratung und Betreuung (auch mehrsprachig)
- Anerkennung von Abschlüssen und gezielte Qualifizierungswege unterstützen
- Vermittlung in nachhaltige Beschäftigung statt kurzfristiger Prekarität
- Kooperation mit Betrieben, Kammern und Bildungsträgern – aber mit Fokus auf gute Arbeit und faire Bedingungen
- konsequenter Schutz vor Ausbeutung, Lohndumping und Diskriminierung am Arbeitsmarkt
- schnellere Verfahren sowie Beratung in den Behörden zur Aufnahme von Arbeitsverhältnissen

9) Förderung benachteiligter Gruppen (Frauen mit Migrationsgeschichte, junge Geflüchtete)

Die Linke setzt auf gezielte Unterstützung dort, wo Mehrfachbelastungen bestehen:

- verlässliche, kostenfreie Kinderbetreuung als Schlüssel zur Arbeitsmarktteilhabe
- spezifische Beratungs- und Qualifizierungsangebote für Frauen (auch mit Blick auf Teilzeit- und Care-Realitäten)
- schnelle Bildungsintegration und individuelle Förderung für junge Geflüchtete
- Schutz- und Unterstützungsangebote bei Gewalt und Diskriminierung
- sichere finanzielle Unterstützung der freien Träger, die Leistungen und Services in diesem Bereich anbieten

V) Beteiligung und Mitbestimmung

10) Politische Teilhabe und Mitbestimmung

Die Linke will Beteiligung niedrigschwellig, verbindlich und sichtbar machen:

- Beteiligungsformate in Stadtteilen und Quartieren, die frühzeitig in Entscheidungen eingebunden werden
- transparente Informationen über Vorhaben und Entscheidungswege – verständlich und mehrsprachig

- Stärkung des Integrationsrates und seiner Beteiligungsrechte
- Perspektivisch: kommunales Wahlrecht für alle Menschen, die hier ihren Lebensmittelpunkt haben

11) Inklusive Beteiligung

Damit Beteiligung wirklich alle erreicht, braucht es:

- Mehrsprachigkeit, Leichte Sprache und barrierefreie Formate
- Kombination aus digitalen und analogen Beteiligungswegen
- aufsuchende Formate (z.B. in Stadtteilen, Vereinen, Beratungsstellen), nicht nur im Rathaus
- Unterstützung beim Zugang zu Informationen und Verfahren, damit Beteiligung nicht an Hürden scheitert

VI) Zukunftsausblick

12) Vision 2032 – messbare Ziele und Umsetzung

Die Linke verfolgt das Ziel, dass Teilhabe in Nürnberg bis 2032 deutlich verbessert wird – unabhängig von Herkunft, Sprache oder Aufenthaltsstatus. Messbare Ziele sind u.a.:

- spürbar bessere Erreichbarkeit und kürzere Bearbeitungszeiten in zentralen Ämtern, insbesondere im Amt für Migration und Integration
- verbindliche mehrsprachige und barrierearme Zugänge in der Verwaltung
- bessere, nachvollziehbare und einheitliche Nutzung von Ermessensspielräumen zugunsten von Integration, Familien und Härtefällen
- gestärkte Antidiskriminierungsstrukturen (Prävention, Beschwerdewege, Auswertung)
- mehr bezahlbarer Wohnraum und konsequenter Schutz vor Verdrängung
- bessere Bildungschancen durch Ausbau frühkindlicher Förderung, Schulsozialarbeit und Unterstützungsangebote
- mehr Beteiligung durch verbindliche, inklusive Beteiligungsformate und transparente Kommunikation

Die Umsetzung soll über klare Zuständigkeiten, ausreichende Ressourcen, überprüfbare Zielsteuerung und eine konsequente Ausrichtung auf soziale Rechte und Menschenrechte erfolgen.